

#PRESSEMITTEILUNG 10. März 2017

EVG: Mit Psychoterror und Morddrohung gegen Gewerkschaftsmitglied ist Grenze überschritten"

Mit Empörung und Abscheu hat der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Alexander Kirchner, auf den zunehmenden Psychoterror gegen ein EVG-Mitglied reagiert, das sich im Bündnis "Fulda stellt sich quer" engagiert.

"Das Menschen, die sich für ein Mehr an Toleranz in unserer Gesellschaft einsetzen, derart angefeindet werden, ist in keiner Weise hinnehmbar", machte Alexander Kirchner deutlich. "Als DGB-Gewerkschaft treten wir aus Überzeugung gegen jede politische Strömung an, die unsere demokratische Grundordnung in Frage stellt und begrüßen, dass sich unsere Mitglieder in dieser Frage auch persönlich engagieren. Wir werden unserem Kollegen deshalb helfen und ihn unterstützen, wo immer uns dies möglich ist", so der EVG-Vorsitzende.

Der Verein "Fulda stellt sich quer", in dem sich der betroffene Kollege engagiert, setzt sich gegen Rassismus ein, organisiert Lesungen mit Holocaust-Überlebenden und demonstriert unter anderem gegen Kundgebungen der Pegida. Anfeindungen gab es deswegen schon länger, jetzt eskaliert aber die Situation.

"Das gegen die Familie eines engagierten Gewerkschafters mittlerweile Morddrohungen ausgesprochen werden, macht mich fassungslos und wütend zugleich", so der EVG-Vorsitzende. "Ich will nicht an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern, auch wenn es durchaus Parallelen gibt, wir müssen aber deutlich machen, dass hier eine Grenze in der politischen Auseinandersetzung überschritten wurde - und das ist völlig inakzeptabel", stellte Alexander Kirchner fest.

Deshalb begrüße es die EVG, dass der betroffene Kollege und der Verein nun selbst die Öffentlichkeit suchen, auch um deutlich zu machen, was in dieser Gesellschaft los ist. "Das Menschen, die sich politisch gegen rechts engagieren, Opfer von Übergriffen werden, ist leider kein Einzelfall", machte der EVG-Vorsitzende deutlich.

Insofern bedürfe es eines starken Signals. "Jetzt müssen möglichst viele Menschen deutlich machen, dass sie sich einer solchen Entwicklung entschieden und selbstbewusst entgegenstellen", stellte Alexander Kirchner fest. "Das ist der richtige Weg, das erwarten die Betroffenen".

Die EVG habe sich des Themas "Umgang mit Andersdenkenden" schon frühzeitig angenommen und werde dies weiter offensiv vorantreiben. "Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt unserem Kollegen, ebenso wie allen anderen Betroffenen", machte er deutlich.